

Sozial. Ökologisch. Stark.

Unser Weg in der Industriepolitik.

Arbeitsplätze schützen. Industrie stärken.

Leben und Energie leistbar halten. Soziale Klimawende anpacken.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit sind groß. Der globale Wettbewerb, technologische Umbrüche, der demographische Wandel, die Klimakrise und geopolitische Konflikte und Spannungen stellen Europa und damit auch Österreich vor neue Aufgaben.

Über Jahrzehnte war die Wirtschaftspolitik in vielen Ländern der westlichen Welt, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, neoliberal inspiriert. Der Befund ist eindeutig: Eine blinde Marktgläubigkeit führt zu neuer sozialer Ungleichheit, Prekarisierung, aber auch zum Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und damit zu verstärkter wirtschaftlicher Unsicherheit.

Wir ziehen die Lehren daraus und gestalten eine soziale, demokratische, nachhaltige und faire Wirtschaftspolitik – eine, die diese aktuellen Herausforderungen einbezieht!

Eine in diesem Sinne moderne sozialdemokratische Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftspolitik muss drei zentrale Ziele verfolgen: Sie muss 1) Arbeitsplätze sichern, 2) die industrielle Substanz als Fundament stärken und 3) gleichzeitig das Leben für die Menschen leistbar halten. Die Herausforderungen der Energiewende und des Klimaschutzes dürfen nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer:innen und Haushalte ausgetragen werden. **Es braucht eine soziale Klimawende, die Innovation, Nachhaltigkeit und soziale Sicherheit verbindet.**

Der historische Rückblick zeigt, dass gesellschaftlicher Wohlstand und wirtschaftlicher Erfolg durch strategische öffentliche Einflussnahme und einer fairen Balance zwischen Markt und Wohlfahrtsstaat erreicht wurden. Sowohl der New Deal in den USA oder das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft sind dafür Beispiele.

Neoliberale Politik wich davon ab. Die gegenwärtige Krise des Neoliberalismus zeigt, dass wenig regulierte Märkte unfaire Ergebnisse liefern. Die wachsende Ungleichheit führt zu Konflikten und Unsicherheiten sowie zu Spannungen in den Demokratien. Die Unvernunft politischer Extreme profitiert, während die Vernunft zu innovativer Handlungsfähigkeit leidet.

Daraus ergibt sich für die SPÖ mit Blick nach vorn: Wirtschaftlicher Fortschritt, ein starker Standort, soziale Fairness und sozialer Zusammenhalt sind nicht nur kein Widerspruch – sie brauchen einander.

Wir setzen auf einen fairen Wandel, eine Transformation, die:

- **Arbeitsplätze schützt** durch eine aktive Industrie- und Standortpolitik, die Investitionen fördert, faire Löhne sichert und mit einer aktiven sozialen Daseinsvorsorge zur Absicherung unseres Wohlstandes beiträgt.
- **Industrie – insbesondere hier in Oberösterreich - stärkt**, indem Innovationen wie eine verlässliche regenerative Energieversorgung sowie strategische Zukunftsbranchen gezielt unterstützt werden, um die Wertschöpfung in Europa, Österreich und Oberösterreich zu halten.
- **Energie und Leben leistbar hält**, indem Preisregulierungen, eine faire Steuerpolitik und gezielte soziale Maßnahmen – etwa sozialer Wohnbau für sinkende Mieten - die Belastungen für Haushalte und Unternehmen abfedern.
- **soziale Klimawende anpackt**, durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die Umweltziele mit sozialen Absicherungen verbindet.

Wenn eine nachhaltige und faire Industrie- und Wirtschaftspolitik angestrebt wird, muss sie mit sozialer Sicherheit, fairer Beteiligung am Wohlstand und sozialem Klimaschutz Hand in Hand gehen.

Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen für Österreich

Unsere wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich durch Globalisierung, Digitalisierung und geopolitische Krisen stark verändert. Es gibt zwar in der Europäischen Union Bestrebungen, eine strategische wirtschaftliche Souveränität zu erlangen und einseitige Abhängigkeiten, insbesondere in den Bereichen Energie und Technologie, zu reduzieren. Aktuelle Krisenereignisse (Pandemie, Krieg gegen die Ukraine, Energie- und Teuerungskrise, ...) verlangsamen aber die Umsetzung. Österreich müsste hier auch auf nationaler Ebene aktiver sein.

Industrie in Oberösterreich als Rückgrat

Die Industrie ist das Rückgrat unseres Wohlstands. Oberösterreich, Österreich und Europa brauchen daher ein industriebasiertes Wohlstandsmodell, das Innovation mit Nachhaltigkeit verbindet. Daraus folgt, dass Unternehmen und öffentliche Hand zusammenarbeiten müssen, um die industriellen und wirtschaftlichen sowie die sozialen Strukturen zukunftsfähig zu machen und Arbeitsplätze zu sichern. Dazu gehören:

- **Gezielte Investitionen in Zukunftstechnologien**, um die industrielle Produktion auf nachhaltige und digitale Innovationen auszurichten.
- **Staatliche Unterstützung für strategische Industrien**, um eine zu starke Abhängigkeit von internationalen Lieferketten zu vermeiden.
- **Ein neues Gleichgewicht zwischen freiem Markt und öffentlicher Hand**, das sich stärker wieder an einer sozialpartnerschaftlichen Marktwirtschaft orientiert und eine faire Wohlstandsentwicklung anstrebt.

Innovation, Wohlstand und soziale Daseinsvorsorge

Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind unter den Bedingungen des globalen Wirtschaftens und des demographischen Wandels als soziale Rahmenbedingung in Europa eng mit einer funktionierenden sozialen Daseinsvorsorge verbunden.

Investitionen in Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Pflege, usw. tragen zur innovativen wirtschaftlichen Produktivität und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Neue Aufgaben

In diesem Sinne muss die öffentliche Hand neue Aufgaben übernehmen, wenn es darum geht, Innovation und nachhaltig faires Wachstum sowie technologische Transformation zu beflügeln und mitzugestalten. Dazu gehört:

- **Strategische Innovationsförderung**, um zukunftsweisende Technologien zu entwickeln und wettbewerbsfähig zu bleiben.
- **Investitionen in grüne Energie und Kreislaufwirtschaft**, um Klimaschutz mit wirtschaftlichem Erfolg und sozialer Fairness zu verbinden.
- **Bestmögliche Bildung durch Aus-, Fort- und Weiterbildungen**, aufgrund des demographischen Wandels darf kein Talent verloren gehen

Fünf Handlungsfelder in Oberösterreich

Damit Oberösterreich die Klimakrise erfolgreich bewältigt, die Dekarbonisierung schafft und gleichzeitig den Wirtschafts- und Industriestandort nachhaltig und fair stärkt, sieht die SPÖ fünf zentrale Handlungsfelder:

1. Wasserstoff als Zukunfts-Werkstoff

Neue Energieformen wie Green Hydrogen gehört ins Zentrum der Klimastrategie des Landes Oberösterreich. Dazu braucht es:

- Dauerhafte Förderprogramme für stabile und langfristige Wasserstoffprojekte.
- Steigerung der Förderung von Forschung und Innovation für neue Wasserstofftechnologien.
- Faire Verteilung der Projekt- und Fördermittel.
- Berücksichtigung des Zugangs für alle Branchen.
- Ausbau der Infrastruktur: Investitionen in die Infrastruktur für Wasserstoffproduktion, -transport und -speicherung.
- Internationale Zusammenarbeit: Österreich muss int. Partnerschaften eingehen, um Wasserstoff zu importieren und zu nutzen.
- Soziale Absicherung: Der Umstieg auf Wasserstoff muss sozial verträglich sein, also auch Arbeitsplätze sichern und Menschen mitnehmen.
- Sicherung der Primärenergieversorgung: um grünen Wasserstoff wettbewerbsfähig produzieren zu können braucht es viel günstige Energie aus Wind- und Solarkraft.

2. Energiekosten

- Wettbewerbsnachteil Strompreiskompensation: Die Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen soll in Österreich dauerhaft bleiben, damit heimische Firmen im internationalen Wettbewerb nicht länger benachteiligt werden. Diese Maßnahme muss jedenfalls bis 2030 verlängert werden, um unsere Industrie zu stärken und gleichzeitig den sozialen Klimaschutz voranzutreiben.
- Niedrigere Energiekosten: Die Strompreise sollen für Haushalte und Unternehmen günstiger werden.
- Strommarkt besser kontrollieren: Preisschwankungen durch Spekulationen oder unfaire Praktiken sollen so verhindert werden.
- Der Preis für Strom soll für alle klar und verständlich sein.
- Erneuerbare Energien fördern.
- Langfristig stabile Preise durch mehr Solar-, Wind- und Wasserkraft, um weniger von Stromimporten bzw. fossilen Brennstoffen abhängig zu sein.
- Rechtliche Rahmenbedingungen verbessern, um den Ausbau Erneuerbarer zu unterstützen
- Auch Investitionen der öffentlichen Hand in den Ausbau ihrer eigenen erneuerbaren Energieversorgung stecken

3. Öffentlicher Verkehr

- Oberösterreich braucht mehr und bessere öffentliche Verbindungen, besonders in ländliche Gebiete, damit jede und jeder guten Zugang hat.
- Das Klimaticket muss bleiben und soll für alle leistbar und leicht zu nutzen sein.
- Verbesserte Taktung: Busse, Bahnen und Züge müssen besser miteinander verbunden werden, damit man ohne Umwege überall hinkommt.
- Bundesverkehrszielegesetz 30-Minuten-Takt.
- Durchbindung der Mühlkreisbahn.
- Für jede Bezirkshauptstadt gleich schnelle Verbindungen im öffentlichen Verkehr wie motorisierter Individualverkehr.

4. Innovation und Forschung

- Mehr Unterstützung für Technologiezentren, Start-Ups und Innovationen in den Bereichen Digitalisierung, erneuerbare Energien und Künstliche Intelligenz.
- Investitionen in umweltfreundliche Technologien und Forschung zu Kreislaufwirtschaft zur Reduktion von CO₂.
- Bessere Ausbildung in IT, Robotik und nachhaltiger Energieproduktion sowie enge Zusammenarbeit zwischen Schulen und Innovationszentren.
- Innovation und soziale Verantwortung: Innovation und Forschung dient nicht nur der Entwicklung von Unternehmungen, sondern hat auch den Arbeitnehmerschutz und bessere Arbeitsplätze zu nützen.
- Gewinne aus Innovationen und Forschung sollen fair verteilt werden, etwa in Form von Investitionen in soziale Projekte und digitale Teilhabe.
- Mehr Geld für umweltfreundliche Technologien und Forschung.
- Verbesserte Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen, um zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.
- Dabei zielgerichtete Unterstützung von Forschungsprojekten zu nachhaltigen Technologien unter anderem durch Zuschüsse und stärkere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.
- Finanzielle und organisatorische Entlastung von Unternehmen: gezielte (nicht nur städtische) Maßnahmen, um Unternehmen in der aktuellen Krise Liquiditätsspielräume zu schaffen, wie z.B. temporäre Reduzierung von Gebühren oder eine beschleunigte Bearbeitung von Förderansuchen.
- Entbürokratisierung und Deregulierung auf Landes- und Bundesebene: Forderung an neue Bundesregierung zu nachhaltigen Schritten bei Entbürokratisierung (z.B. Entrümpelung der Gewerbeordnung)

5. Menschen mitnehmen – niemanden zurücklassen

- Rascher Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten für Beschäftigte in betroffenen Branchen, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern und den vorhandenen Fachkräftebedarf langfristig zu decken.
- Sicherung gefährdeter Arbeitsplätze durch Einrichtung einer Taskforce mit Arbeitsmarktservice, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Gewerkschaften, Industriellenvereinigung und Unternehmen, um akute Krisenfälle frühzeitig zu identifizieren und gezielte Unterstützung zu leisten.
- Positive Zukunftsbilder und Visionen fördern etwa durch unternehmensübergreifende Austausch- und Kongressformate – Bsp. H2-Kongress in Linz. Zudem noch verstärkte Zusammenarbeit mit der Kreativwirtschaft, um Transformationsimpulse zu generieren.
- Einbindung von Gleichstellungsaspekten in die Standortstrategie, um Frauen in technischen Berufen zu fördern und eine moderne Arbeitskultur zu etablieren.

Einseitige Konfrontation statt Sozialpartnerschaft?

Eine nachhaltige und faire Industrie- und Wirtschaftspolitik ist der Schlüssel für eine gute Zukunft in Oberösterreich und Österreich. Dafür braucht es ein klares Bekenntnis zu einer Strategie, die Wohlstand sichert, soziale Sicherheit stärkt und Klimaschutz mit wirtschaftlicher Entwicklung verbindet.

FPÖ und ÖVP werden nicht nur eine kluge, zukunftsorientierte und sozialpartnerschaftliche Industrie- und Wirtschaftspolitik vermissen lassen. Sie scheinen eine offene einseitige Konfrontation gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land zu suchen.

Für uns als Sozialdemokratie ist jedenfalls klar, auf welcher Seite wir hier stehen!